

Rede Nr. 37

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Kuper das Wort.

André Kuper (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal darf ich im Anschluss an den Kollegen Kerkhoff betonen, dass es wichtig ist, heute über dieses Thema zu reden: nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten. Es sind noch eine Vielzahl von pragmatischen Problemen in der Praxis vorhanden, die unserer Bearbeitung bedürfen und gelöst werden müssen.

Aber, meine Damen und Herren von Grün und Rot, mit Ihrem Antrag sind Sie ein Stück zu kurz gesprungen. Das kann man schon anhand dessen sehen, was Kollege Alda seitens der FDP vorgestellt hat. Da sind viele pragmatische Dinge angesprochen, die in Ihrem Antrag von vornherein fehlen. Warum? Weil Sie in Ihrem Antrag zunächst einmal nur auf die Ebene des Bundes geschaut und, wie schon vielfach formuliert, gefordert haben: Der Bund soll machen, der Bund soll finanzieren.

Das hatten Sie, Frau Maaßen, vorhin auch gemacht, aber in anderer Weise. Sie hatten nämlich gesagt: Wenn wir auf die Notwendigkeit von Landesprogrammen hinweisen, wollen Sie von uns sofort einen Gegenfinanzierungsvorschlag haben. – Das heißt umgekehrt: Wo ist Ihr Gegenfinanzierungsvorschlag, wenn Sie hier nach dem Bund schreien? – Das zum einen. Zum Zweiten gibt es eine rechtsstaatliche Ordnung mit einer Verteilung von Aufgaben und Finanzverantwortung. All das gilt es zu beachten, und das lassen Sie in diesem Antrag untergehen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne noch auf die einzelnen Punkte eingehen. Ich halte es für gut, den Diskussionsprozess fortzusetzen. Auch wir befürworten und sprechen uns natürlich dafür aus, die Sprachförderung von Asylbewerbern mit entsprechender Bleibeperspektive weiter auszubauen. Genauso wichtig in dem Zusammenhang ist es, das Asylverfahren so zu beschleunigen, dass anerkannte Flüchtlinge die entsprechenden Integrationskurse alsbald besuchen können.

Wenn Sie sich für die Ausweitung von Modellprojekten aussprechen, kann man auch nur sagen: Ja, gerne. Aber dann brauchen wir bitte auch Finanzierungsvorschläge.

Ein ganz zentraler Punkt, den Sie angesprochen haben, ist, sich im Bundesrat für ein Bleiberecht für Flüchtlinge in Ausbildung einzusetzen. Allerdings müssten Sie auch wissen, dass dieser Punkt bereits vom Bund aufgegriffen worden und im Gesetzgebungsverfahren vorgesehen ist, sodass dies kein neuer Impuls oder eine neue Idee ist.

Mit Punkt 4 gehen Sie auf einen Aspekt ein, den wir bereits mehrfach gefordert haben. Allerdings ist es schon etwas bedauerlich, wenn Sie als Regierende Ihre eigene Landesregierung auffordern müssen, Behörden über die aktuelle Rechtslage zu informieren. Das sollte wohl selbstverständlich sein.

Gut ist Punkt 5. Es ist prima, Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen aufzuklären und zu informieren.

Auch Punkt 6 sollte noch angesprochen werden. Eine einheitliche Anwendung im Land und im Bund ist sinnvoll. Aber warum gibt es dieses Verbot aus § 33 der Beschäftigungsverordnung? Es ist insbesondere vor dem Hintergrund der Identitätstauscher entwickelt worden. Es ist sicherlich spannend, im Ausschuss noch mal im Detail über Pro und Kontra zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wir werden die Gelegenheit haben, diesen Antrag im Ausschuss vertieft zu diskutieren. Auf diese Diskussion freuen wir uns.

Was den FDP-Antrag angeht, können wir nur sagen: Gut gemacht! Wir werden ihm zustimmen.
– Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kuper. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.